

Der »Fall Tröglitz« markierte den Beginn einer gewaltigen rassistischen Offensive, die mittlerweile in manchen Städten und Regionen zum bundesdeutschen Alltag gehört. Heute jährt sich der Brandanschlag von Tröglitz, der in der Nacht zum 4. April des vergangenen Jahres verübt wurde und bundesweit für Entsetzen sorgte, zum ersten Mal.

Zur Erinnerung: Nachdem neofaschistische und rassistische Organisationen über Monate hinweg gegen die Unterbringung von nur 40 Flüchtlingen in der 2.700 Einwohner zählenden sachsen-anhaltinischen Kleinstadt mobil gemacht hatten, stellte der bis heute nicht aufgeklärte Brandanschlag einen Wendepunkt dar. Mit dem Anschlag von Tröglitz begann, was mit rassistischen Pogromen und Anschlägen in Freital und Heidenau und anderen deutschen Kleinstädten seinen weiteren Verlauf nahm.

Die bis heute unbekanntesten Täter von Tröglitz hatten damals ein in der Thälmann-Straße gelegenes Wohnhaus, in dem Flüchtlinge untergebracht werden sollten, in Brand gesteckt und konnten bis heute – trotz einer ausgesetzten Belohnung von 20.000 Euro – nicht dingfest gemacht werden. Dem damaligen Anschlag ging eine rassistische Hetze voraus, die bis dato nur aus den sogenannten Nachwendejahren bekannt war. So sah sich der ehemalige Bürgermeister von Tröglitz, Markus Nierth (parteilos) im März 2015 gezwungen, von seinem Amt zurückzutreten, da er sich aufgrund seines Engagements für Flüchtlinge von der neofaschistischen NPD bedroht und von den zuständigen Behörden nicht ausreichend geschützt fühlte. Nierth, der damals außerdem bemängelt hatte, von anderen politischen Funktionsträgern nicht genügend Unterstützung und Solidarität erhalten zu haben, war damit der erste Bürgermeister, der aufgrund von Bedrohungen durch Neofaschisten sein Amt aufgab. Infolge dessen hatten zwar selbst Bundespolitiker aus verschiedenen Parteien gefordert, den Schutz von kommunalen Funktionsträgern zu gewährleisten und Demonstrationen vor deren Privatwohnungen und Häusern zu verbieten, geschehen ist jedoch diesbezüglich bis heute nichts.

Dem Kesseltreiben gegen Nierth und die wenigen Flüchtlingsunterstützer im Ort folgte der Anschlag auf das besagte Wohnhaus, welches zu diesem Zeitpunkt bereits von zwei Bürgern, noch nicht aber von Flüchtlingen bewohnt wurde. Nierth, zum Zeitpunkt der Tat bereits nicht mehr im Amt, zeigte sich am Morgen nach dem Brand entsetzt.

Weiter wie bisher

Jahrestag des Brandanschlages von Tröglitz. Kein erkennbares Umdenken der Behörden im Umgang mit rechter Gewalt.

Von Markus Bernhardt



Tröglitz, 1. Mai 2015: Mehrere hundert Menschen demonstrieren vor der Brandruine des geplanten Asylbewerberheims gegen Fremdenhass

»Davon wird Tröglitz sich wohl nie erholen«, konstatierte er auf seiner Facebook-Seite – und sollte recht behalten. Zwar leben 24 Flüchtlinge in Privatunterkünften in Tröglitz, das ursprünglich vorgesehene Wohnhaus ist jedoch bis heute unbewohnbar. Schwerer wiegen dürfte, dass der Name der im Burgenlandkreis gelegenen Ortschaft bis heute als Synonym für rassistische Exzesse gilt, die von Neonazis und sogenannten Normalbürgern aus der »Mitte der Gesellschaft« gleichermaßen befördert und unterstützt wurden.

Da die Täter bis heute nicht gefasst wurden, speulierte die Staatsanwaltschaft kürzlich bereits über eine mögliche Einstellung der Ermittlungen. Anderenfalls könnte die Justiz sich jedoch auch entschließen, das Landeskriminalamt mit weiteren Ermittlungen zu betrauen. Zumindest, wenn die Behörde zu dem Schluss käme, dass die bisherige Ermittlungsarbeit nicht ausgereicht habe. Ausgeschlossen wird offensichtlich auch nicht, einen Prozess gegen einen Beschuldigten zu eröffnen, der etwa ein

halbes Jahr nach dem Brandanschlag kurzzeitig inhaftiert worden war und der nach wie vor im Visier der Ermittlungsbehörden stehe.

Während somit auch ein Jahr nach dem feigen Anschlag unklar ist, wie genau die Ermittlungen ihr Ende finden werden, ist zumindest klar, dass Sachsen-Anhalts Probleme mit rassistischen und neofaschistischen Straftaten keineswegs kleiner geworden sind. So stellte die Mobile Opferberatung jüngst ihre Jahresbilanz über die in Sachsen-Anhalt 2015 verübte rechte Gewalt vor: Im Vergleich zu 2014 haben sich die Angriffszahlen mehr als verdoppelt.

217 politisch rechts motivierte Gewalttaten mit 316 direkt von den Angriffen Betroffenen hat die Mobile Opferberatung für das Jahr 2015 in Sachsen-Anhalt dokumentiert. Davon waren knapp zwei Drittel rassistisch motiviert. »Wir haben seit Beginn des unabhängigen Monitorings im Jahr 2003 noch nie so viele Fälle rechter und rassistischer Gewalt registriert wie im vergangenen Jahr«, gab eine Sprecherin

der Mobilien Opferberatung bekannt.

Ganz konkret bedeute das für das Leben von gesellschaftlichen Minderheiten, dass 2015 in Sachsen-Anhalt an »jedem zweiten Tag des Jahres Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer (vermeintlichen) Herkunft, ihrer sexuellen Identität, ihrer politischen Orientierung oder ihres sozialen Status angegriffen« worden seien. Bei mehr als 80 Prozent der dokumentierten Fälle handelt es sich um versuchte bzw. vollendete Körperverletzungsdelikte (179). Daneben wurden zehn Brandstiftungen sowie 21 Nötigungen bzw. Bedrohungen und sieben Sachbeschädigungen aufgrund der jeweils gravierenden Folgen für die Betroffenen in die Statistik aufgenommen, so die Opferberatung. Obwohl es sich bei 189 der 217 Angriffe um auch von der Polizei als solche einzustufende Gewaltstraftaten handelt, von denen den Ermittlungsbehörden mindestens 157 bekannt sind, hat das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt bislang nur etwas mehr als die Hälfte (56 Prozent) auch als politisch rechts motiviert registriert.

Hintergrund

»Das Problem heißt Rassismus«

■ J/W dokumentiert Auszüge einer Erklärung der sachsen-anhaltinischen Landtagsabgeordneten Henriette Quade (Die Linke) zu den jüngst durch das Landesinnenministerium veröffentlichten Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität in Sachsen-Anhalt:

Es kommt nicht überraschend: Sachsen-Anhalt hat ein Problem mit Rassismus. Bundesweit sind die Zahlen rechter Straf- und Gewalttaten enorm angestiegen. Nahezu täglich werden Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte sowie Menschen, die optisch nicht der deutschen Mehrheitsgesellschaft entsprechen, bekannt. Tröglitz, Gräfenhainichen, Landsberg, Oschersleben – die Liste ließe sich beliebig fortsetzen – sind Tatorte solcher Angriffe auf Asylunterkünfte geworden. (...) Auch die veröffentlichten Zahlen des Innenministeriums bilden eine solche Entwicklung ab und machen deutlich: Es muss endlich mehr gegen Rassismus und andere rechte Einstellungsmuster in Sachsen-Anhalt getan werden. Eine Debatte über Obergrenzen, angeblich unüberwindbare kulturelle Unterschiede und Integrationszwang hilft dabei nicht weiter – im Gegenteil werden dadurch Ressentiments nur verstärkt. Wenn Nazis sich als Vollstrecker eines Volkswillens, quasi in Vertretung eines auch von Vertretern der Union so dargestellten handlungsunfähigen Staates fühlen können, bestärkt sie das nur in ihrem brutalen Handeln.

Nicht zuletzt sind die Beratungsstrukturen für Betroffene rechter Gewalt für die dringend notwendige Arbeit und die verdoppelten Fallzahlen schlichtweg ungenügend ausgestattet. Das Beratungsnetzwerk muss ausgebaut und endlich dauerhaft und verlässlich gefördert werden. (...) Es bleibt dabei: Das Problem heißt Rassismus. Gefordert ist mehr denn je Solidarität mit allen Betroffenen rechter Gewalt und Hetze.

»Nachsicht mit rechten Tätern nicht zu entschuldigen«

Etablierte Politik und Polizei haben Mentalitätswechsel nötig. Ein Gespräch mit Susanne Schaper

Auch in Sachsen kommt es verstärkt zu Attacken von Nazis und Rassisten auf Flüchtlinge und deren Unterstützer. Am Osterwochenende wurde eines Ihrer Wahlkreisbüros erneut Ziel eines Anschlags. Diesmal wurde die Eingangstür eingeschlagen. Wie ist der zunehmenden rechten Gewalt zu begegnen?

Es müssen endlich klare Grenzen aufgezeigt werden. Rassistische Hetze ist durch nichts zu rechtfertigen. Das scheint nicht jedem klar zu sein. Seit Monaten werden schließlich Grenzen überschritten. Hier im Freistaat nicht nur von rassistischen Zusammenschlüssen wie Pegida, sondern auch bundesweit von der AfD. Im übrigen auch von der etablierten Politik. Rassistisch motivierte Gewalt geht mittlerweile nicht mehr

Susanne Schaper ist sozialpolitische Fraktionssprecherin der sächsischen Linkspartei

nur von Nazis aus, sondern zunehmend auch von Personenkreisen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft, die zuvor nicht durch rechte Straftaten aufgefallen sind. Hier ist die gesamte Gesellschaft gefragt, eine Grenze zu ziehen und klare Kante gegen Hetze und Gewalt zu zeigen.

Reicht das alleine aus?

Sicher nicht. Was wir brauchen ist ein Mentalitätswechsel in der etablierten Politik. Wenn ich manche Äußerungen aus der CSU und der sächsischen CDU höre, bin ich mir nicht sicher, ob diese noch dem demokratischen Spektrum zugeordnet werden können. Gerade wir Politikerinnen und Politiker müssen unsere Worte mit Bedacht wählen und

alles tun, den Rechten nicht noch das Gefühl zu vermitteln, die vermeintlichen Vollstrecker eines von ihnen ausgemachten angeblichen »Volksempfindens« zu sein.

Unternimmt die Polizei genug gegen rechte Stimmungsmache und Gewalt?

Ich möchte hier keine pauschale Kritik an der Polizei üben, aber es liegt auf der Hand, dass es auch bei vielen Beamten zu einem Mentalitätswechsel kommen muss. Vielerorts fehlt es an der nötigen Sensibilität im Umgang mit Flüchtlingen und Opfern rechter Gewalt. Da ließe sich einiges verbessern.

Was konkret?

Hier in Sachsen werden bei weitem nicht alle Straftaten von Rechten geahndet. Wir haben aber nun einmal Strafgesetze, und diese müssen auch angewandt wer-

den und für alle gelten. Bei den »gida«-Aufmärschen wurden in der Vergangenheit Äußerungen getätigt, die meines Erachtens zumindest Ermittlungen wegen des Verdachts auf Volksverhetzung hätten nach sich ziehen müssen. Auch Verstöße gegen das Vermummungsverbot werden, ganz anders, als es gegen links üblich ist, nicht konsequent geahndet. Die Nachsichtigkeit mancher Behörden mit rechten Straftätern ist für mich unverständlich und nicht zu entschuldigen. Eine Möglichkeit wäre sicher, Polizistinnen und Polizisten verstärkt in Sachen Minderheitenschutz zu schulen und die demokratiepolitische und menschenrechtspolitische Bildung während der Ausbildung zu intensivieren.

Was kann die Polizei konkret tun, um Flüchtlinge und ihre Unterkünfte besser zu schützen?

Es wäre zumindest ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, wenn gefährdete Objekte öfter bestreift würden. Das gilt für Flüchtlingsunterkünfte genauso wie für alternative Jugendzentren und Treffpunkte oder auch Büros meiner Partei. Allein seit Jahresbeginn wurden insgesamt 25 Übergriffe und Anschläge auf Büroräumlichkeiten oder sogar Privatwohnungen von Mitgliedern der Linken gezählt. 19 davon richteten sich gegen Abgeordnetenbüros. Bisher wurde meines Wissens keiner dieser Fälle aufgeklärt. Das mag in einigen Fällen vielleicht tatsächlich schwierig sein, weil im rassistischen Umfeld auch viele kriminelle Seiteneinsteiger agieren. Jedoch habe ich den Eindruck, dass von den Behörden zu wenig unternommen wird, um gefährdete Objekte zu schützen.

Interview: Markus Bernhardt